

Prävention und Härte: So wollen Politiker Jihadisten bekämpfen

- 23.08.2024
- 20 Minuten Zürich

BERN In der Schweiz gibt es überdurchschnittlich viele radikalisierte Jugendliche. Social Media spielen dabei eine grosse Rolle. Politiker fordern nun mehr Prävention, Aufklärung und Konsequenzen. Gemäss dem Chef des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) hat sich die jihadistische Terrorgefahr in den letzten Monaten zugespitzt - auch in der Schweiz. Und bei uns gebe es viele junge Radikalisierte (siehe unten).

Dem «Tages-Anzeiger» sagte Christian Dussey weiter, viele würden über die sozialen Medien radikalisiert. Bereits heute unternehme die Schweiz viel - doch es brauche mehr. Für ihn ist klar: Es geht um Prävention und er fordert mehr Personal. «Glückliche Menschen sind weniger radikal» SP-Co-Fraktionschef Samuel Bendahan stimmt zu. Für ihn ist die Prävention zentral: «Am wichtigsten ist es, dass Personen mögliche Berührungspunkte mit problematischen Aktivitäten frühzeitig erkennen.

» Und: Die Marginalisierung in der Gesellschaft müsse bekämpft werden: «Wenn es den Menschen gut geht, ist die Wahrscheinlichkeit grösser, dass sie ein Abgleiten in die Radikalisierung vermeiden.» Für mehr Personal und auch mehr Mittel wie Bendahan ist auch FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen mit Dusseys Forderung nach mehr Personal und Mittel für den NDB einverstanden. Ferner müssen laut Wasserfallen kriminelle Jihadisten «konsequent des Landes verwiesen» werden. Gleicher Meinung ist SVP-Nationalrat Mauro Tuena. Flächendeckende Überwachungsmassnahmen oder Verbote von einzelnen Plattformen seien nicht zielführend.

«Niemand will einen Überwachungsstaat.» Zentral sei hingegen, dass Eltern, Lehrpersonen oder Verantwortliche in Sportvereinen für die Thematik sensibilisiert und sofort aktiv würden, wenn sich bei Jugendlichen Zeichen von Radikalisierung zeigten. Warnung vor «Kuscheljustiz» SVP-Parteikollege Thomas Hurter stimmt zu - und ergänzt, dass sich insbesondere ältere Jahrgänge eventuell noch scheuten, diese Thematik zu Hause anzusprechen. Gleichzeitig warnt Hurter vor «Kuscheljustiz»: «Die Bestrafung muss konsequenter sein, sodass sich Radikale bewusst werden, welche Folgen drohen.» MELISSA GREITER/ KASPAR SCHWARZENBACH.